

## DIE ROTEN KÄMPFER

### Zur Geschichte einer linken Widerstandsgruppe

#### *Vorbemerkung des Herausgebers*

Was hier als Dokumentation folgt, unterscheidet sich insofern von der in diesen Spalten üblichen Form, als eine Trennung zwischen den einführenden Bemerkungen und den Dokumenten, die im vorliegenden Fall Textstellen sind, nicht durchgeführt werden konnte. Auch ist aus naheliegenden Gründen der Name der Persönlichkeit, die Erläuterung und Texte zur Verfügung gestellt hat, nicht genannt worden. Die Texte liegen hektographiert oder photokopiert vor. Die Zeitschriften bzw. Korrespondenzblätter, denen sie entnommen sind, dürften eine Rarität darstellen. – Sachlich handelt es sich hier um programmatisch-ideologische und parteitaktische Auseinandersetzungen antisowjetisch-kommunistischer Art, die nur kleine Kreise erreichten und in ihrer Bedeutung gewiß nicht überschätzt werden sollten. (Ein Hinweis auf den im Text genannten Karl Schröder als „Führer der illegalen Gruppe *Rote Kämpfer*“ bei Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt a. M., o. J. [1948] S. 738, Anm.) Ebensowenig aber sollten sie mit ihrer scharfen Analyse im Bild der zwanziger und frühen dreißiger Jahre fehlen, und auch das Andenken an einen Kampf gegen zwei totalitäre Fronten verdient wohl geschichtlich aufbewahrt zu werden.

H. R.

Die Roten Kämpfer – unter diesem Namen sind sie auch in die Gestapo-Akten eingegangen – verdienen unsere Aufmerksamkeit noch heute. Einmal gehörten sie jenem Teil des Widerstandes der Linken an, der unbeachtet von der Öffentlichkeit, ohne Rückhalt bei Emigranten-Organisationen oder sonstigen Apparaten, allein gestützt auf die innere Verpflichtung der sozialistischen Idee gegenüber, seinen stillen und gefährvollen Weg der Abwehr gegen den Nationalsozialismus gegangen ist; zum andern setzten sie die Tradition einer Gruppe deutscher Kommunisten – etwa auf der Linie Rosa Luxemburgs – fort, die seit der Revolution einen unermüdlichen Kampf gegen Aufbau, Politik und Taktik der beiden großen Arbeiterparteien geführt haben. Obwohl nicht alle ihre Voraussagen eingetroffen sind, so hat sich doch ein genügend großer Teil von ihnen erfüllt, um die Beschäftigung mit ihren Ideen zu rechtfertigen.

Die Gruppe der Roten Kämpfer entstand nicht erst in der Illegalität, sondern in ihren Ansätzen bereits im Jahre 1929. Zu diesem Zeitpunkt setzten sich einige Linksoptionelle aus der SPD zusammen, um über den Aufbau eines Kreises zu beraten, der – gedeckt gegen die verschiedenen Parteiapparate – aufbegehrende Mitglieder der linken Parteien zu ernster politischer Schulungsarbeit erfassen sollte. Sie sahen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise eine Zeit der Diktatur und der Illegalität herannahen und wollten die ihnen noch verbleibende Spanne benutzen, um die Illegalität durch Bildung eines Kerns zuverlässiger und gut unterrichteter Menschen vorzubereiten. Sie gaben eine kleine Zeitschrift mit dem Titel „Der Rote Kämpfer“ heraus, die zuerst in Köln, dann in Dresden, zeitweise auch

in Berlin gedruckt wurde. Nicht der Kreis gab der Zeitschrift den Namen, sondern umgekehrt: das von einer Gruppe sozialdemokratischer Studenten in Köln herausgegebene Blatt wurde übernommen, als diese Studentengruppe sich im Winter 1931/32 dem Kreis anschloß, der sich seitdem „R. K.-Kreis“ nannte. In seiner besten Zeit erschien „Der Rote Kämpfer“ in einer Auflage von 4000 Stück, von denen allein etwa 1000 in Berlin vertrieben wurden. Die Zeitschrift stieß sofort auf den heftigen Widerstand der Parteileitung, da sich ihre Verfasser – ohne Namensnennung – als linke Opposition der SPD zu erkennen gaben. Sie wurden mit dem nicht unbekanntem Argument der kommunistischen Wühlarbeit bekämpft, obwohl in ihren Artikeln die KPD eher noch schlechter wegkam als die Sozialdemokratie. Unter der Regierung Brüning kam das Blatt nach allerlei Schwierigkeiten schließlich zum Erliegen.

Parallel zu dieser publizistischen Tätigkeit entstanden zwei Arbeitskreise. Einmal wurde der Rahmen der sogenannten Sozial-Wissenschaftlichen Vereinigung (SWV) benutzt, die einige Jahre zuvor von Paul Levi zur Schulung von Jungsozialisten gegründet worden war. Daneben existierte ein engerer Kreis ausgesuchter Menschen – wer neu aufgenommen werden wollte, mußte mindestens zwei Bürgen als Fürsprecher haben –, die sich schon zu dieser Zeit mit dem Aufbau einer für illegale Arbeit geeigneten Organisation befaßten und die politische Linie der nach außen getragenen Aufklärungsarbeit – z. B. in der Zeitschrift – diskutierten. Der SWV konnte jeder beitreten, der sich für sozialistische Fragen interessierte und von irgend jemandem eingeführt wurde. Die Teilnehmer kamen vorwiegend aus der SPD und der von Seydewitz gegründeten Sozialistischen Arbeiter-Partei, daneben aus den kommunistischen Splittergruppen, einige auch aus der KPD, dann aber auf Grund längerer persönlicher Bekanntschaft. Es gab auch Parteilose unter ihnen, die sozialistischen Ideen aufgeschlossen waren.

Zu den Initiatoren dieser Arbeit gehörten in erster Linie Alexander Schwab, der in dem Buch Annedore Lebers „Das Gewissen entscheidet“ gewürdigt wird, Bernhard Reichenbach, der heute in London als Journalist lebt, und Karl Schröder, der im Rahmen der Roten Kämpfer eine besonders große Rolle gespielt hat und deshalb mit einigen Worten eingeführt werden muß. Er entstammte einer pommerschen Lehrerfamilie, studierte in Berlin, schloß sich aber noch während seines Studiums der Sozialdemokratie an, in die er 1913 eintrat. Er war in persönlicher Freundschaft dem sehr viel älteren Franz Mehring verbunden und stand in lebhaftem Gedankenaustausch mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Über seine weitere politische Entwicklung wird noch zu sprechen sein. Von 1926 ab war er als Lektor des Bücherkreises, einer Buchgemeinschaft der SPD, und als Wanderlehrer in der Kulturarbeit der SPD tätig. Im Bücherkreis und in der Büchergilde erschienen einige Romane von ihm. Der Ernst seiner politischen Überzeugung, seine pädagogische Begabung und seine lebensprühende Persönlichkeit erwarben ihm viele Anhänger in Berlin und anderen Städten Deutschlands, die es auch durchsetzten, daß er seine für den Parteiapparat oft unbequeme Lehrtätigkeit bis kurz vor dem Zusammenbruch fortsetzen konnte. Auf diesen Kreis von Teilnehmern an den

Kursen Karl Schröders und auf einige alte Freunde aus den Revolutionsjahren stützte sich die geschilderte Arbeit in erster Linie. Außer in Berlin – hier gab es 1930/31 12 Gruppen mit je etwa 15 Mitgliedern – entstanden RK-Gruppen im Rheinland, in Norddeutschland – vor allem in Hamburg, Bremen, Lübeck und Stettin –, in einigen süddeutschen Städten und im mitteldeutschen Raum um Dresden, Leipzig, Halle, Zeitz. Sie umfaßten zusammen etwa 4–500 Menschen. Da fast alle in ihren Parteien aktiv tätig waren und jeder einen Kreis politisch interessierter Menschen um sich hatte, ging die Ausstrahlungskraft erheblich über diese Zahlen hinaus. Es fanden mehrere Reichskonferenzen statt, zuletzt in schon halb illegaler Atmosphäre in den Weihnachtstagen 1932 in Berlin, auf denen die weitere politische Arbeit besprochen wurde. Sie verfolgten das Ziel, in der Auseinandersetzung mit SPD, KPD und deren jeweiligen Abspaltungen eine sozialistische Haltung herauszuarbeiten, die der politischen und wirtschaftlichen Krisensituation gerecht würde. Kritisch gewordene Mitglieder der Arbeiterparteien sollten nach Möglichkeit erfaßt und aus ihnen ein fester Kern geeigneter Menschen gebildet werden, die über die erwartete Epoche der Illegalität das sozialistische Gedankengut hinwegretten, vielleicht sogar zum Ansatzpunkt künftiger Organisation werden konnten.

Wie schon gesagt, handelte es sich bei den<sup>1</sup> geistigen Trägern dieser Gruppe um Kommunisten, nach dem allgemeinen Sprachgebrauch ebenso wie nach ihrer eigenen Überzeugung. Wenn sie fast alle in der SPD waren, so deshalb, weil sie die unter dem Diktat von Moskau stehende KPD als einen noch größeren Schaden für die deutsche Arbeiterbewegung ansahen als die parlamentarisch orientierte und reformistische Sozialdemokratie. Außerdem bot die SPD trotz der auch in ihr vorhandenen Abneigung aller Apparate gegen oppositionelle Strömungen einen viel breiteren Spielraum für freie politische Meinungsäußerung als die bereits ganz erstarrte KPD. Diese umfaßte im allgemeinen die zwar radikal gesinnten und unzufriedenen, aber nur wenig geschulten Arbeiter und wies eine abnorme Fluktuation auf. Sie wechselte innerhalb eines Jahres bis zu 50 Prozent ihres Mitgliederbestandes aus und war auch aus diesem Grunde ungeeignet für eine auf lange Sicht geplante politische Erziehungsarbeit.

Die Stellung der Roten Kämpfer innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung wird am besten deutlich durch einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte ihrer Überzeugungen, die zugleich ein wichtiges Stück aus der Geschichte und der Tragik der KPD wie der Dritten Internationale ist. Es ist bekannt, daß die im Dezember 1918 gegründete KPD für eine deutsche Räte-Republik eintrat und sich scharf gegen den Beschluß des gesamtdeutschen Arbeiter- und Soldatenrates wandte, Wahlen zur Nationalversammlung ausschreiben zu lassen. Auf dem Gründungsparteitag war mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen und auch die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen zu boykottieren. Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts und dem bald darauf folgenden Tod Franz Mehrings<sup>2</sup> geriet die Partei jedoch sehr schnell unter den Einfluß des russischen Vertrauensmannes Karl Radek und des russischen Emissärs Bronski. Die Russen wollten in ihrer gefährdeten Lage vor allen Dingen

große Massen von Arbeitern in kommunistischen Organisationen sammeln, um sie als Druckmittel gegen antibolschewistische Maßnahmen der west- und mitteleuropäischen Regierungen einsetzen zu können. Deshalb forderten sie von der KPD-Leitung – bis 1921 stand Paul Levi an der Spitze der KPD –, das vom Gründungsparteitag entworfene Aktionsprogramm eigenmächtig zu ändern und die Mitglieder aufzufordern, an den Wahlen zum ersten Reichstag teilzunehmen und in die Gewerkschaften einzutreten, um Einfluß in ihnen zu gewinnen.

Gegen diese Kehrtwendung der Partei über die Köpfe ihrer Mitglieder hinweg opponierte ein großer Teil der Mitgliedschaft, was schließlich dazu führte, daß vier ganze Bezirksgruppen – Berlin, Nord, Nordwest und Ostachsen – im Februar 1920 aus der KPD ausgeschlossen wurden. Die KPD-Zentrale forderte ihre Anhänger auf, in diesen Bezirken neue Parteigruppen zu bilden. In Berlin folgten jedoch von 8000 Ausgeschlossenen nur 500 der Parteiparole; in den anderen Bezirken war es ähnlich. Am 3. April 1920 traten die Delegierten von etwa 30 000 Mitgliedern der oppositionellen Bezirksgruppen zum Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (KAP) zusammen. Sie beschloßen, unter Wahrung ihrer eigenen Grundsätze der Dritten Internationale beizutreten, und entsandten mehrmals Delegationen nach Moskau, in der Hoffnung, dort ihre für richtig gehaltene Taktik in der deutschen Revolution durchsetzen zu können. Den verschiedenen Delegationen gehörten Alexander Schwab, Bernhard Reichenbach, Karl Schröder, Jan Appel, Franz Jung, Arthur Goldstein, sowie die bekannten holländischen Kommunisten Anton Pannekoek und Hermann Gorter an, der sich mit der deutschen Opposition solidarisch erklärt hatte und dem dafür die Leitung des Amsterdamer Büros der Dritten Internationale auf telegrafischem Wege entzogen worden war. In stundenlangen Gesprächen mit Lenin und dem Leiter der Dritten Internationale, Sinowjew, erreichte die Delegation mit Hermann Gorter, Karl Schröder und dem Berliner Vorsitzenden der KAP es schließlich, daß diese im August 1920 als sympathisierende, also nicht stimmberechtigte Partei in die Dritte Internationale aufgenommen wurde; auf dem 3. Komintern-Kongreß (Sommer 1921) wurde jedoch der KAP auferlegt, sich unter Anerkennung der 21 Leitsätze zur Taktik der kommunistischen Parteien mit der KPD zu verschmelzen. Dies lehnte die Delegation ab, überließ aber in einer Abschiedserklärung den offiziellen Austritt aus der Komintern den zuständigen KAP-Parteistellen. Dieser wurde dann durch einstimmigen Beschluß der Parteibezirke vollzogen.

Die KPD war inzwischen durch den Übertritt von fast zwei Dritteln der 800 000 Mitglieder der sich spaltenden USPD zur Massenpartei geworden, was sie bis dahin nicht gewesen war, und hatte dadurch an Bedeutung für Rußland stark gewonnen. Mit der Herausdrängung der KAP war die Taktik Rußlands und der Dritten Internationale in bezug auf die deutsche Revolution entschieden und die KPD endgültig als ausführendes Organ dieser Taktik ausersehen.

Über die Atmosphäre auf dem zweiten Kongreß der Dritten Internationale, auf dem die berichtigten 21 Leitsätze zur Taktik der kommunistischen Parteien festgelegt worden waren – sie begründeten die diktatorische Leitung aller kommunisti-

schen Parteien durch das Exekutiv-Komitee in Moskau –, hatte die zweite Nummer der KAP-Monatschrift „Proletarier“ vom November 1920 berichtet:

„Der Kongreß stand von vornherein völlig unter der geistigen (und auch materiellen) Überlegenheit der russischen Führer. Die Mehrzahl der Führer der westeuropäischen Länder – und für den deutschen Spartakusbund ist das gewiß – wurzelte in keiner Weise tief genug in den Bedürfnissen der proletarischen Revolution, als daß sie ein ernsthaftes Gegengewicht hätte bilden können. Und an dem Fehlen gerade einer grundsätzlichen Opposition kann erst in vollem Umfang die Schuld eines Radek ermessen werden, der sich – als übelster aller diplomatischen Tuschler und Intriganten – bereits vor den Beratungen bekanntzugeben erlaubte, daß man den Kongreß in der Tasche habe. Dadurch, daß die russische Überlegenheit eine vollkommene war, war von vornherein die Gefahr rein auf russische Verhältnisse zugeschnittener Leitsätze unabwendbar geworden. Die russischen Führer aber sind Parteiführer und Staatspolitiker zugleich. So rückt bei ihnen der Gesichtspunkt: Hilfe für ihren von aller Welt bedrohten Staat von vornherein an die erste Stelle. Die Gefahr einer Verbindung staatspolitischer Notwendigkeiten mit den Bedürfnissen einer prozeßartig sich entfaltenden kommunistischen Internationale war damit akut . . .

Aus jenen Momenten, aus einzelnen, allen oder auch wechselnden Kombinationen ergibt sich die Propaganda für den bis aufs Äußerste gesteigerten Kadaverzentrismus für militärische Führerdiktatur, für die Parteidiktatur; ergibt sich die uns geradezu grotesk anmutende Übertragung von Vollmachten an das Exekutivkomitee, die der Welt diktatur einzelner Personen nahe kommt und die Internationale auf den Standpunkt einer nur dem Papst verantwortlichen Jesuitenorganisation herabwürdigt. Aus ihnen ergibt sich die ganz unmarxistische und trotz aller Verwahrungen vor dem Vorwurf der Mechanisierung doch rein mechanische Übertragung revolutionärer Notwendigkeiten Rußlands auf die ökonomisch wie psychisch-ideologisch so gänzlich anders gestalteten westlichen Verhältnisse . . .

Hieran knüpft sich die totale Verkennung der Rolle des Parlamentarismus in Westeuropa, die verhängnisvolle Verkennung des Charakters, der Verankerung, der Entwicklungsmöglichkeiten speziell der deutschen Gewerkschaften . . .“

Im „Proletarier“ Nr. 5 vom April/Mai 1921 legte Hermann Gorter in einem Offenen Brief an Lenin die tiefgreifenden Unterschiede zwischen den Auffassungen der Opposition und denen der Bolschewisten dar:

„Wie Sie sich erinnern, waren Sie, das Exekutiv-Komitee und die dritte Internationale auf ihrem Kongreß in Moskau für den Parlamentarismus, den Zellenbau in den Gewerkschaften und die Teilnahme an den gesetzlichen Betriebsräten im einzigen Lande in Europa, wo die Revolution da ist, in Deutschland . . .

Ihr, d. h. Sie, das E.-K. und die dritte Internationale, wolltet Massen sammeln in Partei und Gewerkschaft, ohne zu fragen, wie diese Massen, ob sie wirklich Kommunisten waren. Ihr tatet dies in Halle, Tours, Florenz. Ihr wolltet ihnen nur andere Führer geben. Wir wollten die alten Organisationen zertrümmern, und von unten auf andere mit neuem Geist aufbauen. Nur wirkliche Kommunisten aufnehmen.

Ihr wolltet in West-Europa die Taktik aus Rußland importieren, wo der Kapitalismus schwach war und Ihr die Bauern als Helfer hattet. Wir sahen ein, daß das Proletariat in West-Europa allein und einem gewaltigen Kapitalismus, dem Bankkapital, dem Rohstoffhandelskapital, gegenübersteht. Daß wir also unsere eigene, von der russischen verschiedene Taktik haben müssen.

Ihr wolltet Quantität, wir Qualität.

Ihr wolltet die Diktatur der Partei, d. h. einiger Führer. Wir die Diktatur der Klasse. Ihr triebt Führer-, wir Klassenpolitik! . . .“

Die ständigen intimen Kontakte im Rahmen des Exekutivkomitees und hinter den Kulissen des Dritten Komintern-Kongresses ergaben bezeichnende Eindrücke, wie schon damals in der ersten modernen, auf der Massenbasis aufgebauten Diktatur der unkontrollierte Mechanismus der Führung funktionierte: bezeichnend für eine Führerdiktatur, in der von Lenin über Stalin bis Chruschtschow die Entscheidungen der Spitzenfigur zufallen, welche ihrerseits – oft unvermeidlicherweise in Unkenntnis von Tatsachen – von unverantwortlich bleibenden Ratgebern bestimmt wird. Es ergab sich, daß Lenin, der die Details nicht kannte, in westeuropäischen Fragen im allgemeinen auf Trotzki hörte, in deutschen im besonderen auf Radek. Reichenbach, der in den Monaten vor dem Kongreß als ständiger Vertreter mit „beratender“ Stimme dem Exekutivkomitee angehörte, bemühte sich daher in mehreren Gesprächen mit Lenin, diesen über die Verhältnisse in Deutschland und die Aussichtslosigkeit einer revolutionären Entwicklung nach dem Schema der 21 Leitsätze aufzuklären. Lenin zuckte die Achseln und meinte mit einem lächelnden Hinweis auf die Landkarte der Sowjetunion in seinem Zimmer: „Ich kann natürlich nicht über alle Einzelheiten, was da geschieht, Bescheid wissen. Über die deutsche Situation habe ich seit einigen Monaten nur Radeks Offenen Brief an die deutschen Arbeiter gelesen – haben Sie mit Trotzki darüber gesprochen?“ Als Reichenbach bejahte, aber hinzufügte, daß Trotzki ihm nicht recht gegeben habe, brach Lenin ab und sagte: „Trotzki wird schon recht haben.“

Die zum 3. Moskauer Kongreß mitgebrachten Leitsätze der KAP, die dort aber nicht mehr verlesen werden konnten, enthalten die Grundsätze der Partei zur Aufgabe der Revolution und zur Frage der Organisationsformen. Sie sind abgedruckt im „Proletarier“ Nr. 7 vom Juli 1921, wo es u. a. heißt:

„Es ist die historische Aufgabe der proletarischen Revolution, die Verfügung über die Schätze dieser Erde in die Hände der arbeitenden Massen zu bringen, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu beseitigen und damit die Existenz einer besitzenden, ausbeutenden und herrschenden Klasse unmöglich zu machen. Das Ziel ist die Befreiung der gesellschaftlichen Wirtschaft von allen Fesseln politischer Gewalt, und zwar im Weltmaßstabe . . .

Die politischen Arbeiterräte (Sowjets) sind die historisch gegebene breite Organisationsform der proletarischen Herrschaft und Verwaltung: sie tauchen jeweils auf bei Zuspitzung des Klassenkampfes zum Kampf um die ganze Macht.

Die historisch gegebene Organisationsform zur Zusammenfassung der bewußtesten, klarsten, tatbereitesten proletarischen Kämpfer ist die Partei . . .

Die kommunistische Partei muß durch ihr gesamtes Verhalten das Klassenbewußtsein des Proletariats entwickeln, selbst um den Preis eines vorübergehenden äußerlichen und scheinbaren Gegensatzes zu den breiten Massen. Nur so wird die kommunistische Partei im Laufe der revolutionären Kämpfe das Vertrauen der Massen gewinnen und eine revolutionäre Erziehungsarbeit in breitem Maßstabe leisten . . .“

Gegen die Taktik der KPD, die bestehenden Gewerkschaften durch Zellenbildung erobern zu wollen, wenden sich die Leitsätze mit folgenden Argumenten:

„Gelingt die Eroberung einer Gewerkschaft durch kommunistische Zellentaktik in Wirklichkeit, so muß sich herausstellen, daß man ein für die Arbeiterklasse und ihre Revolution untauglich gewordenes Werkzeug erobert hat. a) Die Massen in den Ge-

werkschaften sind durch die überlieferten demokratischen Methoden nicht zum Kämpfen, sondern zum Ausgleichen der Klassegegensätze, zum Verhandeln, zur Passivität erzogen. Der Kampf um die Mehrheit in einer Gewerkschaft unter Beachtung der staatlich geschützten Statuten verstärkt diese Tendenz, und der Besitz eines kommunistischen Mitgliedsbuches bietet keine Garantie dagegen; b) die gesamte Organisation der Gewerkschaften ist so eingerichtet, daß höchstens die Führung ruhiger, gesetzlicher Streiks möglich ist; c) das Bestehen von Unterstützungskassen für Streiks, Maßregelungen, Todesfälle usw. beeinflussen die Massen noch stärker konterrevolutionär als alle staatlichen Arbeiterversicherungen, die Arbeiter werden dadurch allen Vorstellungen von ernsthaften revolutionären Kämpfen ferngehalten und sind daran gewöhnt, die Führung eines Kampfes nach der Höhe des Streikfonds einzurichten; d) in der Revolution muß jeder ernsthafte wirtschaftliche Kampf sofort direkt revolutionäre Formen annehmen, wenn er nicht von vornherein versumpfen und ersticken soll. Das heißt, er muß überraschend einsetzen und in schnellstem Tempo! bis zur Anwendung der schärfsten Mittel und bis zur Erfassung breiter solidarischer Massen vorwärtsschreiten. Zu alledem sind die Gewerkschaften nicht fähig, der Verhandlungsgang der Instanzen vor dem Streik verhindert jede Überraschungspolitik und lähmt den Kampfwillen der Arbeiter. Die Anwendung ungesetzlicher Kampfmittel wird unmöglich gemacht durch die legale Einstellung der Massen und durch den gegenüber der Regierungsgewalt hilflosen legalen Apparat, die Teilnahme größerer Massen wird verhindert durch die Zerspaltung in Berufsverbände, durch die juristisch gefaßten Statuten; erfolgt sie trotz alledem, so sprengen sie in kurzem die Organisationen und die Streikfonds. – So geraten die Gewerkschaften bei jedem ernsthaften Kampf in Gefahr, zerschlagen zu werden. Das erkennen die Führer sowohl wie die Massen. Um die Organisation zu erhalten, müssen selbst die kommunistischen Führer einen ersten Kampf vermeiden. Die Organisation bleibt nach wie vor Selbstzweck und damit für den revolutionären Kampf unbrauchbar. e) Die Organisation der Gewerkschaften gewöhnt die Arbeitermasse daran, daß andere für sie handeln und sie selbst nicht zu handeln brauchen, sie sabotiert damit die Entwicklung des Rätegedankens. Der hochentwickelte Kapitalismus kann aber in der Revolution nur erfolgreich bekämpft und gestürzt werden durch revolutionäre Organisationen, die vollen Ernst machen mit dem Wort: daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann . . .

Diese Kämpfe gehen aus von den Betrieben und werden von der Arbeiterschaft geführt um die Betriebe (die Produktionsmittel). Das Proletariat muß sich, um diese revolutionären Kämpfe (die grundverschieden sind von den gewerkschaftlichen Kämpfen um Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb der kapitalistischen Ordnung) führen zu können, dort organisieren, wo Ausgangspunkt und Ziel der Kämpfe liegt: in den Betrieben, an der Arbeitsstätte. Das revolutionäre Proletariat muß sich organisieren in Betriebsorganisationen . . .

Ein solcher Zusammenschluß hat aus den Notwendigkeiten des Prozesses der Revolution heraus stattgefunden in Deutschland in der Allgemeinen Arbeiter-Union. Anfänge ähnlicher Zusammenschlüsse zeigen sich in westeuropäischen und amerikanischen Ländern. . . .“

Die Erfahrungen, die die deutsche kommunistische Opposition mit der Dritten Internationale gemacht hatte, veranlaßten sie, auch an die Verhältnisse in Rußland selbst die Sonde einer gründlichen Analyse anzusetzen, wie sie schon Rosa Luxemburg begonnen hatte. Im „Proletarier“ Nr. 6 vom Juni 1921 heißt es hierzu:

„Die Geschichte unserer Zeit kennt zweierlei Revolutionen: bürgerliche und

proletarische. Sie bilden die beiden Zwischenphasen, die Übergangsstadien zwischen den drei historischen Epochen, Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus, deren Repräsentanten Feudaladel, Bourgeoisie und Proletariat sind. Zwischen der feudalistischen und der kapitalistischen Epoche liegt die bürgerliche, zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen die proletarische Revolution . . .

Als die Bolschewiki die Macht übernahmen, schien es, als würde in Rußland die große Ausnahme statuiert, die die Regel bestätigen sollte. Rußland schien ohne bürgerliche Revolution (denn in der kurzen bürgerlichen Regierungsperiode vom März–November 1917 gelangte sie nicht im entferntesten zur Entwicklung oder gar zur Reife) in den Sozialismus hineinspringen zu können . . .

Und was sich jetzt in Rußland vollzieht, das ist eine im Kern bürgerliche Revolution, seine bürgerliche Revolution. Und Kommunisten führen sie durch . . .

Die russische Revolution kennzeichnet sich immer mehr als eine im Kern bürgerliche Revolution durch die Politik der Sowjetregierung. Das kommt sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch klar und deutlich zum Ausdruck.

Außenpolitisch einmal durch die sog. Konzessionspolitik (Gewährung von Abschnitten des Territoriums der Sowjetrepublik an ausländische Kapitalisten zur Ausbeutung ihrer Bodenschätze), dann durch die sog. Handelspolitik (Aufnahme des Handelsverkehrs mit den kapitalistischen Staaten, teilweise Aufnahme der diplomatischen Beziehungen), drittens durch das außerordentlich enge Bündnis und rege Interesse der Sowjetregierung für die sog. Völker des nahen und fernen Ostens, mit deren national-bürgerlicher Revolution sich die russischen Kommunisten auffallend solidarisch fühlen. Diese Einstellung führt in der Tat zu einer Orientierung der revolutionären russischen Außenpolitik nach Asien, anstatt nach Westeuropa und Amerika, und hat zugleich ein gut Teil Schuld an der opportunistischen Wirkungsweise der dritten Internationale, die sich neuerdings geradezu zur Passivität steigert . . .

Der Staats- und Wirtschaftsapparat Rußlands ist stark vom Bürokratismus mit allen bekannten Folgeerscheinungen durchsetzt. Die Personen dieser Bürokratie rekrutieren sich aus den Kreisen des Kleinbürgertums, den Kaufleuten, früheren Beamten, Handwerkern usw. Das ist leicht erklärlich. Diese Leute gehörten zu der kleinen Zahl derjenigen in Rußland, die lesen und schreiben konnten und daher allein für diese Funktionen brauchbar waren . . .

Diese Bürokratie hat dadurch, daß sie an den betreffenden Stellen sitzt, wo über die Konsumtionsmittel verfügt wird, einen ungeheuren Einfluß auf die gesamte Entwicklung der russischen Verhältnisse. Ja, diese Bürokratie besitzt durch ihre Stellung und ihre Beziehungen untereinander eine gewisse Herrschermacht über diejenigen, die diese Konsumtionsmittel produzieren: über das Proletariat. Das war der Ausgangspunkt der Anfang dieses Jahres mit aller Offenheit in die Erscheinung getretenen Gegensätze zwischen der russischen Sowjetregierung und dem russischen Proletariat: die immer mehr sich steigende Verlegung der Macht aus den Händen des Proletariats in die Hände der Bürokratie und damit des Kleinbürgertums . . .“

In der nächsten Nummer stehen in einem Artikel: „Die Zukunft Sowjet-Rußlands“ die folgenden Sätze:

„Die unumgängliche politische Folge der heutigen ökonomischen Verhältnisse Rußlands wird die Diktatur des Bürgertums über das Proletariat mit all ihren Schrecken sein. Diejenige Klasse, die in Rußland ökonomisch die herrschende ist, d. h. das Bauerntum und die kleine, sich jetzt wieder einnistende Bourgeoisie in den Großstädten, ist zugleich auch die politische Beherrscherin Sowjet-Rußlands.“

Der russische Staatsapparat muß in die Hände des Bauerntums und dieser Bourgeoisie geraten und als solcher sich in eine Unterdrückungsmaschine gegen das russi-

sche Proletariat umwandeln. Die Sowjet-Regierung wird automatisch zum Repräsentanten des Bauerntums und der Bourgeoisie und eigentlichen Vollstrecker ihres kapitalistischen Willens. Die Sowjet-Regierung geht damit in das Lager der Bourgeoisie über und wird zum Klassenfeind des russischen Proletariats . . .

Sie [die selbständigen Organisationsformen des russischen revolutionären Proletariats] werden die eigentlichen Träger der künftigen proletarischen Revolution in Rußland werden und während ihres Kampfes unter den blutigsten Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Sowjet-Regierung zu leiden haben . . .“

Wenn es auch 1920/21 nicht möglich war, den konkreten Weg Sowjet-Rußlands über die stalinistische Diktatur voraussehen, so scheint die gegebene Analyse im Grundsätzlichen doch richtig. Die „Bolschewisten haben sich an der Macht gehalten, indem sie immer die für Rußland jeweils historisch notwendigen Maßnahmen durchführten“, d. h. sie haben die Industrie entwickelt und die Landwirtschaft modernisiert, zwar nicht auf privatkapitalistischer, aber auch nicht auf sozialistischer, sondern auf staatskapitalistischer Basis. Sie haben ihre Diktatur errichtet über den beiden rivalisierenden Klassen der Bauern und der Arbeiter, ebenso wie sich der Absolutismus erhoben hatte über den gegensätzlichen Gruppen des Feudaladels und des Bürgertums. Und sicherlich trifft es zu, daß es eine Diktatur „mit allen ihren Schrecken für das Proletariat“ war, wie es ebenso zutrifft, daß jede künftige proletarische Revolution „unter den blutigsten Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Sowjet-Regierung zu leiden“ hatte, wenn diese Revolution auch nicht in Rußland ausbrach, sondern in Mitteldeutschland und in Ungarn.

Die weitere Geschichte der KAP ist schnell erzählt. Nach dem Verlust der Revolution, also spätestens seit 1923, konnten sie, ihren eigenen Prinzipien getreu, den deutschen Arbeitern nur sagen, daß nun eine Epoche der Sammlung und Vorbereitung auf die nächste schwere Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus folgen müsse. Das war nicht sonderlich anziehend, und ihre Mitglieder gingen zu den beiden großen Arbeiterparteien über, die ihnen Augenblickserfolge versprachen und während der Aufstiegsjahre der Weimarer Republik auch mehr oder minder verschaffen konnten. Die im Niedergang einer Organisation unvermeidlichen Reibereien und Streitigkeiten vertrieben die lebendigen Kräfte. Alexander Schwab hatte die KAP schon früher verlassen; 1924 schieden auch Karl Schröder und Bernhard Reichenbach aus. Sie gingen nach einiger Zeit zurück in die SPD, was vor ihnen schon Paul Levi und was auch Ernst Reuter getan hatte, der übrigens im ersten Jahr der KPD eng mit Karl Schröder und anderen späteren KAP-Mitgliedern zusammengearbeitet hatte, dann aber zunächst in der KPD verblieben war. Im Jahre 1929 sahen einige der früheren KAP-Mitglieder eine erneute Verschärfung der politischen Lage kommen und schlossen sich zu verstärkter politischer Aktivität zusammen. Damit kehren wir zum Ausgangspunkt dieser erläuternden Bemerkungen zurück.

Die Roten Kämpfer gaben zum internen Umlauf in ihren Gruppen und zur persönlichen Weitergabe an Außenstehende ein wöchentliches Informationsblatt heraus, zunächst Referenten-Material, dann RK-Korrespondenz genannt. Bis Ende 1933 wurde es hektografiert, später aus Sicherheitsgründen auf Oktavformat foto-

kopiert; zu dieser Zeit erschien es auch nicht mehr so regelmäßig. Der Inhalt setzte sich jeweils aus einem grundsätzlichen Artikel und einer Wochenübersicht über die wichtigsten Ereignisse im In- und Ausland zusammen. Die Informationen lieferte meist Alexander Schwab, der in diesen Jahren bis zu seiner Verhaftung als Journalist für den Wirtschaftsteil einiger Tageszeitungen tätig war. Die Artikel wurden von Karl Schröder, Alexander Schwab und gelegentlich auch von einem Mitglied der Gruppen außerhalb Berlins geschrieben. Sie stellten jedoch nicht nur die Meinung der Verfasser dar, sondern waren das Ergebnis langer und eingehender Diskussionen in den Gruppen, durch die ein lebendiger Strom der Meinungsbildung hindurchging, wenn auch stark geprägt durch die Auffassungen der Menschen mit langer politischer Erfahrung und dem intensivsten Willensimpuls.

Die Prognose über die Entwicklung Deutschlands zur Diktatur litt unter der ausschließlich soziologischen Betrachtungsweise. Da die wirtschaftlich mächtigste Schicht in Deutschland die Großindustriellen waren, so würde Hitler nach der Meinung der Roten Kämpfer auch immer nur als ihr Kettenhund fungieren, eine Auffassung, die allerdings die Kreise mit ihnen weitgehend teilten, die Hitler zur Macht bringen halfen. Daß auch das ganz und gar Unlogische Wirklichkeit werden könnte, nämlich im hochindustriellen Deutschland die Herrschaft einer kleinbürgerlichen Abenteuererbande, wurde nicht gesehen, jedenfalls nicht bis zum sogenannten Röhmputsch vom 30. Juni 1934 (das fotokopierte Material der R. K. aus der Zeit nach Ende 1933 ist ihren Sicherheitsmaßnahmen zum Opfer gefallen). Erst als nicht nur die Ermordung von SA-Führern, sondern auch von prominenten Figuren der alten Rechten, wie General von Schleicher, durch Wehrmacht und Konservative stillschweigend hingenommen wurde, erkannte die Führung des R. K.-Kreises, daß mit langer Dauer der Hitlerherrschaft zu rechnen sei, und verband diese Parole mit dem Hinweis, daß Hitler nun unweigerlich Deutschland in den Krieg treiben werde. Richtig erkannten die Roten Kämpfer, daß Hitler die privatkapitalistische Grundlage der Wirtschaft nicht angreifen würde, wie auch die Voraussage der Roten Kämpfer eingetroffen ist, daß er nicht durch einen Putsch, sondern „legal“ zur Macht kommen werde.

In einem Artikel „Zur Perspektive“ von Mitte Dezember 1931 heißt es:

„Die Weltwirtschaftskrise hat ihren schärfsten, konzentriertesten und gefährlichsten Ausdruck in der Krise des deutschen Kapitalismus gefunden. Die Heftigkeit der deutschen Krise erklärt die Heftigkeit der Steigerung der Klassengegensätze und die Heftigkeit der Entwicklung der faschistischen Tendenzen der deutschen Bourgeoisie. Deutschland ist das schwächste Kettenglied in der Reihe der modernen Industriestaaten. Seiner Entwicklung kommt aus diesem Grunde sowohl für das Weltkapital als auch für das Weltproletariat eine besondere Bedeutung zu . . .

Der Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen des Bürgertums ist in keinem wesentlichen Punkt mehr ein Kampf um demokratische oder faschistische Herrschaftsmethoden, er ist nur noch ein Kampf um das Tempo der Faschisierung. Das Wachstum der Hitlerbewegung, das unentwegt weitergeht, drückt nur die Tatsache aus, daß sich der kleinbürgerliche Anhang der kapitalistischen Parteien unter dem Druck seiner wirtschaftlich verzweifelten Lage auf die Linie radikaler faschistischer Methoden umstellt. Im Kampf um das Tempo der faschistischen Entwicklung ist das

bedrängte Kleinbürgertum als sozialer Träger der nationalsozialistischen Bewegung die treibende Kraft. Mit umgekehrtem Vorzeichen wiederholt sich hier das, was Kennzeichen der bürgerlichen Revolution, der Einleitung des kapitalistischen Entwicklungsprozesses, war. Wie das Kleinbürgertum der eigentlich treibende, revolutionärste Teil der kämpfenden Bourgeoisie in der Periode der bürgerlichen Revolution war, so wird es wieder zur radikalen Fraktion in der Periode der bürgerlich-faschistischen Konterrevolution, die am Ende der kapitalistischen Entwicklung steht . . .

Die deutsche Bourgeoisie kann einen nationalsozialistischen Putsch nicht tolerieren, wie ihn die italienische Bourgeoisie toleriert hat und tolerieren mußte. Sie ist politisch zu stark, um das Heft ihrer Herrschaft aus der Hand zu geben, und sie ist ökonomisch zu schwach, um sich die politischen Erschütterungen des Bürgerkrieges gestatten zu können . . .

Für die Arbeiterklasse wird diese Entwicklung eine weitere Verschärfung des wirtschaftlichen Drucks und aller politischen Unterdrückung bedeuten. Das Verbot der KPD ist wahrscheinlich, trotzdem die KPD einen wirklich revolutionären Kurs nicht hält und keinesfalls daran denkt, einen Generalputsch von sich aus einzuleiten. Da sie in ihrer Propaganda aber gezwungen ist, ihren scheinrevolutionären Appell an die Arbeiterschaft im verstärktem Maße fortzusetzen, sieht sich die Bourgeoisie trotzdem zu weiterem Vorgehen gegen die KPD veranlaßt. Die Bourgeoisie ist in einer Situation, wo ihr auch die parteikommunistische Aufputschung der Arbeiter untragbar geworden ist. . . .

Für den übrigen Teil der Arbeiterbewegung würde die Benutzung aller legalen Arbeitsmöglichkeiten, soweit sie auf revolutionäre, vorbereitende Tätigkeit gerichtet ist, vollkommen beseitigt werden. Weitere Verbote von Arbeiterorganisationen sind möglich. Klar ist jedoch auf jedem Fall, daß jede tatsächlich revolutionäre politische Tätigkeit innerhalb der Arbeiterklasse mit den bisherigen legalen und demokratischen Methoden nicht mehr geleistet werden kann, sondern nur auf dem Wege der Illegalität fortzusetzen ist. . . .“

Im April 1933 heißt es zum gleichen Thema:

„Die Berufung Hitlers als Reichskanzler war Ausdruck des augenblicklichen politischen Übergewichts der stark agrarisch gebundenen und reaktionärsten monopolkapitalistischen Gruppen des Hugenbergekaptals über die Politik der IG-Farben-Gruppe, deren Exponent Schleicher war. Die Übernahme der NSDAP in die Regierung war der Abschluß langen Bemühens, die Bewegung der Kleinbürger- und Bauern-Rebellion legal an den Herrschaftsapparat der Bourgeoisie unter Wegdämmung ihrer explosiven Tendenzen und ‚sozialistischen‘ Vorstellungen anzugliedern und in die Stoßrichtung gegen das Proletariat umzubiegen. . . .

Der Nationalsozialismus hat nun aber über das erwartete Maß hinaus die polizeiliche Exekutivgewalt rücksichtslos ausgenutzt: z. B. Lahmlegung der SPD, seines parlamentarischen Hauptgegners; Einschüchterung aller bürgerlichen Handlanger überhaupt; Ausnutzung jeder Art Lügenpropaganda (Rundfunk etc.), vermutlich auch Stimmenschiebungen und Wahlfälschungen. So errang er die parlamentarische Mehrheit, d. h. praktisch: es gelang die vorläufige politische Überrennung der deutschen Bourgeoisie durch Kleinbürgertum, Bauern und feudale Elemente . . .

Der legale Faschisierungsprozeß ist damit zu einem relativen Erfolge gelangt, wenn auch die wirtschaftspolitische Linie weiter entscheidend von der deutschen Bourgeoisie diktiert wird. Erneut hat die deutsche Bourgeoisie bewiesen, daß sie die politisch feigste und käuflichste Bourgeoisie Westeuropas ist, und die geradezu schlangestehenden Kotaus unzähliger Kleinbürgergruppen, -Vereine, -Organisationen etc., geben

ein einzigartiges Schauspiel dafür, wie sich in diesem Prozeß der Grad der kapitalistischen Versumpfung einer Gesellschaft widerspiegelt am Grad der geringsten Opferbereitschaft für politische Überzeugung. Der zu jeder Erniedrigung bereite Existenzkampf ist die stärkste Triebkraft in diesem ekelregenden Schauspiel. . . .“

In ihrer revolutionären und klassenkämpferischen Haltung erschien den Roten Kämpfern die Tolerierungspolitik der SPD und der Gewerkschaften in der Ära Brüning als verhängnisvolles und letztlich erfolgloses Zurückweichen vor dem Angriff des durch die Krise bedrängten Kapitals auf die Arbeiterschaft. Die Haltung der Gewerkschaften wird in einem Aufsatz „zum Krisenkongreß der Gewerkschaften“ vom April 1932 kritisiert:

„Am schärfsten ist der Kongreß vielleicht durch die Tatsache gekennzeichnet, daß in der sogenannten ‚Diskussion‘ nicht ein einziges Wort die inneren Kämpfe andeutet, die gegenwärtig, wie jeder weiß, in den Mitgliedschaften der Gewerkschaften selbst über Ziel und Weg der Bewegung ausgetragen werden. Eine einzige Resolution wurde vorgelegt und ohne ein Zeichen von Widerspruch oder Meinungsverschiedenheit einstimmig angenommen. . . .“

Einig sind in Wahrheit nur die Interessenten des Apparates, und sie müssen jede Opposition in den eigenen Reihen um so rücksichtsloser unterdrücken, je stärker ihre eigene Position durch die Krise des Kapitalismus und die Krise der Gewerkschaften selbst gefährdet ist. Die Diskussion dieses Kongresses glich der Pressefreiheit im wilhelminischen Deutschland der letzten Kriegsjahre unter dem Druck der Militärzensur. . . .“

Dieser Gewerkschaftsapparat wird Schritt für Schritt alles mitmachen müssen, was zur Stützung der Diktatur des Monopolkapitals in Deutschland noch nötig werden wird. Er wird sich dabei immer weiter von der Stimmung und dem Wollen der Arbeiter selbst entfernen. Dieser Prozeß ist zwar zwangsläufig, aber er vollzieht sich nicht von heute auf morgen. Die Aufgabe ist, ihn im ganzen vorauszusagen und seinen Ablauf im einzelnen kritisch zu verfolgen und den Boden für den Aufbau einer revolutionären Kampffront des Proletariats vorzubereiten. . . .“

Der Kampf mit dem Stimmzettel in dem an Wahlgängen so reichen Jahr 1932 wird von den RK als ein Mittel betrachtet, die Arbeiter zu verwirren und sie von ihren eigentlichen Kampfmaßnahmen abzuhalten:

„Noch lebt im Proletariat die Erinnerung an die eigenen früheren Kämpfe um das Wahlrecht. Sie lebt besonders noch in den älteren, hauptsächlich in der Vergangenheit geschulten Teilen. Diese Überlieferung ist es zum Teil, die die Erkenntnis verhindert, daß auch das Wahlrecht dem Gesetz der geschichtlichen Bewegung und Veränderung unterliegt.“

Alle gesellschaftlichen Erscheinungen wandeln sich im Lauf der Geschichte. Die Demokratie war das Ziel der bürgerlichen und der proletarischen Revolutionäre von 1848. 1918 aber war sie die Rettungsparole des Kapitals, der Bourgeoisie im Kampf gegen die revolutionären Räte. Heute, 1932, ist sie das Schlagwort Hitlers, der im Namen der Demokratie auf seine Stimmenzahl pochend, die Errichtung des Dritten Reiches verlangt. Das Wahlrecht war einst der Kampfruf der erwachenden Arbeiterklasse. Es war bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 das Mittel, mit dem das revolutionäre Bewußtsein der Proletarier betäubt, ihre revolutionäre Selbstbesinnung unterdrückt wurde. Es ist heute der Vorhang vor der Diktatur des Großkapitals. . . .“

Während die Bourgeoisie sich aufs schärfste konzentriert zum Schutze ihrer bedrohten Gesellschaftsordnung, während die Fraktionskämpfe innerhalb der Bourgeoisie

sie sich nur noch um die Beteiligung an dem Herrschaftsinstrument des Faschismus dreht, werden die Proletarier im Dienst parlamentarischer Cliques auf die Mandatsjagd gegeneinander gehetzt . . .

SPD und KPD machen sich bereitwillig zum Mitschuldigen dieses Manövers. Die SPD, indem sie ihre Tolerierungspolitik noch immer verteidigt, eine offene Bundesgenossenschaft mit dem Zentrum durchführt, bei der sie ebenso betrogen werden wird wie mit ihrem Wahlkampf für Hindenburg, indem sie in den Fragen der Außenpolitik eine ‚verantwortungsvolle nationale Opposition‘ macht usw. – die KPD, indem sie in nationalistischen Tönen mit der NSDAP wetteifert.

Es ist vollkommen unvermeidlich, daß durch den Wahlkampf die bürokratischen Apparate der großen Arbeiterparteien vollständig auf den Zweck der Gewinnung einer möglichst großen Zahl von Stimmen und Mandaten eingestellt werden. Die SPD ist ohnehin seit langem fast nur noch eine Wahlmaschine, die KPD kann mindestens während der Zeit des Wahlkampfes ebenfalls nichts anderes als eine Wahlmaschine sein. Die notwendige Konzentration der Kräfte zwingt dazu. Alle Proletarier, die überhaupt politisch aktiv sind, werden durch Propaganda und notfalls durch organisatorischen Druck auf dieses Ziel des Wahlerfolges ausgerichtet. Ein ungeheurer Aufwand an Kraft und Opferbereitschaft wird für den Stimmenfang eingesetzt.

Wenn gleichzeitig von allen Seiten über Einheitsfront geredet wird, so entspricht dies zwar einem natürlichen und richtigen Gefühl der Arbeiterklasse in der heutigen Lage; im Wahlkampf aber kann die Parole der Einheitsfront nichts anderes sein als eines der vielen Mittel des Wahlkampfes selber. In der Hand mandatslüsterner, künftiger Volksvertreter verwandelt sich die Einheitsfront der Arbeiterklasse automatisch in ein Instrument des Konkurrenzkampfes parlamentarischer Wahlmaschinen, d. h. in ein Instrument der Zerreißung und gegenseitigen Verhetzung der Proletarier untereinander. . . .“

Ein Aufsatz vom Frühjahr 1932 „Russische Revolution und Komintern“ setzt die Kritik der KAP am Bolschewismus fort. Die von vielen KPD-Mitgliedern leidenschaftlich verfochtene These, daß Rußland den deutschen Arbeitern zu Hilfe kommen werde, wenn sie vom Faschismus überrannt würden, wird als illusionär zurückgewiesen:

„Wirkungsvolle Unterstützung könnte die Sowjetunion, selbst wenn sie von bäuerlich-konterrevolutionären Hemmungen im eigenen Lande und von der Rücksichtnahme auf die französische Politik frei wäre, nur einer Arbeiterrevolution gewähren, deren Sieg bereits verbürgt ist. Das Risiko des Mißlingens, selbst das Risiko eines langen Kampfes, kann sie sich nicht leisten. Seit dem Irrtum von 1923 ist dann auch kein einziger Versuch in dieser Richtung gemacht worden. Von dieser Einsicht aus ist es auch möglich, die ganze, abenteuerlich schwankende Zickzackpolitik der KPD seit einem Jahrzehnt zu verstehen. Mit eiserner Hand unterdrückt die Leitung der Komintern alle Regungen selbständigen Klassenwollens in ihren Sektionen. Von einem Tag auf den andern wird – unter Mißachtung der Lebensbedingungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung – der Kurs der gesamten Partei herumgeworfen. Die planmäßige Organisation sinnloser Radauszenen wechselt ab bald mit parlamentarisch-bürokratischer Betätigung auf gesetzlichem Boden, bald mit nationalbolschewistischen Verbrüderungsaktionen von Schlageter bis Scheringer und bis zum Volksentscheid mit Hitler, Hugenberg und Seldte.

Eine gemeinsame Linie und damit ein Verständnis für all dies läßt sich nur finden unter dem Gesichtspunkt, daß die Sowjetunion zwar nicht verzichten kann auf eine revolutionäre Propaganda und auf das Druckmittel der Organisationen revolutionärer Proletarier gegen ihre Regierungen, daß sie aber ebensowenig verzichten kann auf

eine Sicherung ihrer Absatzmärkte und Lieferindustrien, d. h. aber: auf eine Sicherung von Ruhe und Ordnung in den kapitalistischen Ländern. Diesem Widerspruch ist die Sowjetregierung als eine Gefangene ihrer eigenen Situation ausgeliefert.

Die KPD ist keine revolutionäre Partei. Ihre Politik trägt vielmehr den zwiespältigen Charakter, der aus der Unfähigkeit ihrer Führer nicht erklärt werden kann. Im Gegenteil muß betont werden: Was als Entartung der KPD und der Komintern hingestellt wird, ist der Wesensinhalt beider, ist Ausdruck der Politik, die sie allein treiben können und treiben müssen . . .

Die Politik der KPD appelliert an die revolutionär werdenden Proletarier und mobilisiert sie für ihre Taktik der verdeckten Stützung der russischen Außenpolitik. Das heißt, sie treibt eine Politik, die nicht den Zweck einer wirklichen Revolutionierung der Arbeiterklasse zum Ziel hat, sondern die Störung der kapitalistischen Kräfte in ihrer Konzentration auf den imperialistischen Vorstoß gegen die UdSSR. Zu diesem Zwecke benutzt die KPD zwei Methoden, die sie zugleich, aber in wechselnder Stärke benutzt. Die eine Methode ist die eines unsinnigen Putschismus. Die andere ist die einer ebenso unsinnigen, wilden parlamentarischen Konkurrenzpolitik gegen die Sozialdemokratie. Die putschistische Linie schob sie in den Vordergrund, als der Kapitalismus sich in Aufwärtsentwicklung befand. Die Kominternführung erfand die Theorie der ‚dritten Periode‘, der Periode des beginnenden unmittelbaren revolutionären Aufschwungs, in einem Augenblick, in dem der Kapitalismus der Spitze seiner Nachkriegskonjunktur zustrebte. . . .

Umgekehrt ging die KPD unter Führung der Komintern zu einer vorwiegend nationalen parlamentarischen Konkurrenzpolitik über, als die Weltkrise des Kapitalismus zur Auswirkung kam. Das bedeutet aber, daß sie dem mit der Krise möglichen Anstieg revolutionären Kampfwillens in den Massen praktisch entgegenwirkte, indem sie ihn auf die Basis des Stimmzettelkampfes abbog . . .“

Zum prinzipiellen Gegensatz gegen die bolschewistischen Methoden wird im Januar 1933 gesagt:

„Weil die Bolschewiki die Arbeiter- und Bauernmassen für die bürgerliche Revolution mobilisieren, ist die innere ideologische Wirkung ihrer Politik auf das Proletariat für sie vollkommen gleichgültig. Wenn die Massen nur überhaupt kämpfen, dann ist es für die Bolschewiki ohne Belang, unter welchen Vorstellungen sie das tun . . .

Bolschewistische Machtpolitik besteht in der Ausnutzung der Massen für ein politisches Handeln, das von den Spitzen der Partei bestimmt wird.

Das hat mit Kommunismus nichts zu tun. Das ist das Gegenteil von Kommunismus. Es ist kapitalistische Politik, dem Prinzip nach, es ist Politik der Benutzung der Massen. Der (wahre) Kommunismus will die Massen nicht benutzen, auch nicht für eine ‚richtige‘ kommunistische Politik. Er arbeitet, um der Arbeiterschaft zu helfen, sich selbst in Bewußtsein, Organisation und Handeln in den Stand zu setzen, die Klassenaufgaben in Angriff zu nehmen und zu lösen . . .“

Und im Mai 1933 setzt sich ein Artikel „Zur Neufundierung des Bolschewismus“ mit der Gefahr einer Wiederbelebung des Bolschewismus auf deutschem Boden auseinander:

„Die Haltung der Komintern zur KPD und den einzelnen bolschewistischen Gruppen ist augenblicklich noch undurchsichtig. Fest steht nur, daß GPU-Leute bereits den Versuch machen, an andere linke Gruppen heranzukommen. Es ist aber auch bestimmt anzunehmen, daß apparatmäßig von Moskau aus Fäden in andere Gruppen hineinlaufen. Unter Umständen ist die jetzige praktische Liquidierung der KPD unter dem heroischen Anstrich der Bolschewikenhetze des deutschen Faschismus der Komintern-

8\*

leitung die angenehmste Lösung der recht komplizierten und widerspruchsvollen Fragen ihrer internationalen ‚Arbeiterpolitik‘. Klar ist jedoch, daß Moskau, das ständig mehrere Eisen im Feuer hat, auch mit einer Situation rechnet, in der eine deutsche KP wieder gebraucht wird. Darum wird es indirekte Verbindungen zu lebensfähigen bolschewistischen Gruppen suchen oder ausbauen. Umgekehrt werden auch die bolschewistischen Fraktionen, denen es zuletzt auf die politische und apparatmäßige Eingliederung in den Komintern- resp. Sowjetapparat ankommt, auf einen Anschluß an Moskau hinarbeiten.

Sind solche Tendenzen im Augenblick auch belanglos, so werden sie Wirksamkeit erhalten im Moment größerer Wirkungsmöglichkeit der Neuansätze aller revolutionären Gruppierungen. Das heißt aber, daß in der Arbeit aller bolschewistischen Gruppen die riesige Gefahr einer neuen Verkoppelung revolutionärer Bewegung mit der Moskauer Politik auftaucht . . .“

Zu der Aufgabe, welche die Roten Kämpfer als Gebot der Stunde ansahen, heißt es im März 1933:

„Deutlicher als je ist heute alles, was an dieser Stelle immer wieder gesagt wurde: Die Wertlosigkeit der alten Organisationen ist erwiesen, die Arbeiterklasse kann heute den Zerfall ihrer Illusionen mit Händen greifen. Mit Händen greifen kann man, daß das Proletariat von vorn anfangen muß. Jeder sieht, daß das ein langer Prozeß sein wird. Während die Regierung des Monopolkapitals alle Hände voll zu tun hat, um ihre unbotmäßigen Hausknechte zurückzupfeifen und die kapitalistische Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, während neue Kriegswolken drohend an allen Horizonten stehen, können die revolutionären Kräfte im Proletariat nichts tun, als die Tatsachen deutlich auszusprechen, die heute jeder sehen kann, und innerhalb der Klasse die Kräfte zum neuen Kampf auf neuer Grundlage rastlos und umsichtig zu sammeln. Der Kapitalismus wird nicht aufhören, seine eigenen Totengräber immer neu zu produzieren . . .“

In zwei Aufsätzen „Staat und Rätssystem“ und „Was ist Sozialisierung?“ werden die Vorstellungen der Roten Kämpfer von einer künftigen sozialistischen Gesellschaft entwickelt.

„Die Sozialisierung der Produktion verwirklicht sich in dem Prozeß der proletarischen Revolution, die politisch die Eroberung der Macht, wirtschaftlich die Eroberung der Produktionsstätten zum Inhalt hat . . .

Die Eroberung der Produktionsstätten durch die revolutionären Proletarier muß die organisatorischen Ansatzpunkte einer solchen sozialistischen Verwaltung der Gesellschaft bereits im Keim enthalten. Praktisch kann das auch gar nicht anders sein, denn die Sozialisierung der Wirtschaft wird nicht nach der Vorstellung sozialdemokratischer Theoretiker oder nach russisch-bolschewistischer Praxis durch Dekrete einer bereits in den Sattel gehobenen und einen arbeitsfähigen Staatsapparat beherrschenden proletarischen Regierung erfolgen. Es ist vielmehr ein Entwicklungsprozeß, Teil des Revolutionsprozesses, der auf politischem Felde gerade erst zur Herausbildung des proletarischen Rätestaates führt. Die aktiv kämpfenden Arbeiter der großen Industriezentren werden sich nach einer Kette von Aktionen und zu praktisch verschiedenen Zeitpunkten als Herren ihrer Betriebe sehen. Wenn sie ihre Position sichern wollen, werden sie sofort, mitten im Kampf, die Produktion wiederaufzunehmen haben. Naturnotwendig werden sich die mehr oder weniger spontan entstandenen revolutionären Betriebsräte mit den Räten der zunächst erreichbaren Betriebe eines Gebietes in Verbindung setzen, um aus dem Chaos des Kampfes heraus die technische Fortführung der Arbeit zu ermöglichen. Stück um Stück muß so von

unten her das Gewebe einer von den Arbeitern selbst getragenen unbürokratischen Verwaltung der Produktionsstätten erstehen und sich schließlich zu einem geschlossenen System waagrecht und senkrecht verbundener proletarischer Wirtschaftsorganisation und sozialistischer Planproduktion auswachsen. Sozialisierung ist nur möglich als elementarer Prozeß der Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter. Die Wirtschaftsräte, von unten her aus diesem elementaren Prozeß erwachsen, fügen sich als unmittelbare Organe der produzierenden Arbeiter in organisatorischer Einheit zu den technischen Kommandostellen, den Planungskörperschaften, und in Verbindung mit den Körperschaften des Verbrauches zu den Verteilungszentren der sozialisierten Produktion zusammen . . .

Sozialistische Wirtschaftsführung heißt die Aufhebung der kapitalistischen Kommandogewalt bezahlter Funktionäre über die arbeitenden Massen, heißt im Prinzip die Wirtschaftsführung durch die arbeitenden Menschen selbst. Produktion und Leitung der Produktion sind nicht mehr getrennte Funktionen. Sozialisierung ist Neuorganisation der Wirtschaft von unten her im Interesse der Arbeiterschaft. Die gewaltigen Aufgaben dieses Wirtschaftsumbaus können nur gelöst werden, wenn der schöpferischen Initiative des Proletariats der breiteste Raum gegeben wird. Und dieser Raum kann nur geschaffen werden, indem die arbeitenden Massen in unmittelbarer Selbstbestimmung die Leitung der Betriebe und die Organisation der Wirtschaft übernehmen. Anders ist die Umstellung der Wirtschaft entsprechend den sozialistischen Produktionsnotwendigkeiten nicht durchzuführen. Dem Prinzip der Vereinigung von Arbeit und Leitung der Arbeit durch die Räte entspricht das Prinzip der Vereinigung von Legislative und Exekutive in den Organen des proletarischen Staates.“

Zum Schluß noch einige Stellen aus dem Artikel „Blick auf die internationale Lage“ von Anfang Januar 1933, dessen letzter Teil einer gewissen Aktualität nicht entbehrt:

„Die gleichen Widersprüche, die den deutschen Kapitalismus durchziehen, finden sich auf internationalem Felde wieder. Politische und wirtschaftliche Interessen stehen zueinander im Gegensatz, und die internationalen Kapitalsgruppen können sich auf einer gemeinsamen Linie genau so wenig auf die Dauer einigen wie die nationalen.

Auf der anderen Seite drängt die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Nöte alle kapitalistischen Länder zu einer vernünftigen Regelung der zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen durch internationale Vereinbarungen . . .

Das ist die tatsächliche Ausweglosigkeit des Kapitalismus: Er kommt aus einem Widerspruch nur heraus, um sofort einem neuen Widerspruch zu verfallen und den alten auf erweiterter Grundlage neu zu produzieren. Es gibt weder im nationalen noch im internationalen Rahmen einen kapitalistischen Ausgleich, eine kapitalistische Produktionsharmonie. Es wäre aber verkehrt, daraus zu schließen, daß sich das Ende des kapitalistischen Systems automatisch aus der Häufung dieser Widersprüche ergibt. Ein mechanischer Zusammenbruch des Weltkapitalismus ist undenkbar. Immer noch hat er bewiesen, daß er aus jeder Situation einen neuen, in der Wirkung selbstverständlich ebenso widerspruchsvollen Ausweg findet . . .

Der internationale Kapitalismus entwickelt politisch aus seinen Widersprüchen heraus keine einheitliche diktatorische Spitze wie der fortgeschrittene nationale Kapitalismus. Darum wird das Weltkapital noch mehr von den grundlegenden Widersprüchen seines Systems weitergestoßen als die herrschenden nationalen monopolkapitalistischen Gruppen. Den großen kapitalistischen Staaten bleibt nichts übrig, als die weltpolitische Entwicklung treiben zu lassen. Ihr politischer Wille konzentriert sich im wesentlichen darauf, die nationale Festung auszubauen. Ein Beispiel dafür

gibt Amerika in der Frage der Schuldenregelung. Es erklärt, daß die Kriegsschulden bezahlt werden müssen, aber zugleich läßt es keinen Zweifel, daß es über das Wie mit sich reden läßt und die Zahlungstermine hinauszuschieben bereit ist. Diese Haltung ergibt sich aus der innenpolitischen Hilflosigkeit der amerikanischen Regierung, die die widerspruchsvollen Interessen der verschiedenen amerikanischen Kapitalsgruppen selbst nicht in der Schuldenfrage auf einen gemeinsamen Nenner bringen kann . . .

Die europäische Diplomatie schiebt und verhandelt, verhandelt und schiebt, und ist doch nicht imstande, die klaren Fronten herauszuschälen und feste Resultate fester imperialistischer Gruppierung zu erreichen. Die wirtschaftlichen Gegensätze durchkreuzen die machtpolitischen Absichten, und die machtpolitischen Belange stehen der Regelung der intereuropäischen Wirtschaftsbeziehungen im Wege. Der deutsch-französische Handelsvertrag kommt zustande mit einem mehr als mageren Resultat. Die meisten Fragen bleiben in der Schwebe. Im Grunde soll der Kampf um den Ausgleich der gegenseitig sich ausschließenden Kontingierungswünsche, der widerspruchsvollen Einfuhrbeschränkungen, der gesteigerten Ausfuhrbedürfnisse erst anfangen. Auch dieser Vertrag ist ein Versuch, in das gegenwärtige Chaos Planmäßigkeit zu bringen, ohne die inneren Spannungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auch nur im geringsten abzumildern. Im wesentlichen sind die nationalen Gegensätze auf wirtschaftlichem Gebiet nicht einmal zwischen zwei Staaten zu überwinden. Jede zwischenstaatliche Abmachung aber, und mag sie noch so gering und unzureichend sein, erhöht sofort die Gegensätzlichkeit zu anderen internationalen Interessensphären . . .

Zugleich wird klar, daß sich im Fernen Osten Geschehen von weltgeschichtlicher Bedeutung vorbereitet. Alle weltgeschichtliche Entwicklung vollzieht sich heute auf zwei Ebenen: Einmal im europäisch-amerikanischen hochkapitalistischen Raum und zum anderen im Raum der großen asiatischen Bauernländer, die die Hälfte der gesamten Bevölkerung der Erde umfassen. Das Problem der asiatischen Bauernrevolution ist mit dem Weltkrieg aufgetaucht, und es wird nicht zur Ruhe kommen, bis es seine Lösung gefunden hat. Gigantisch reckt sich die Gestalt des asiatischen Bauern empor, eine andere Kraft als die des Imperialismus, der ihn bedrückt. Weltpolitisch wird sichtbar, daß zu allen Gegensätzen der kapitalistischen Welt der neue und in einer weiteren Phase der Weltentwicklung vielleicht entscheidende Gegensatz zwischen den altkapitalistischen Gebieten und einem revolutionierten Asien mit seinen unabsehbaren Armeen von Bauern tritt. Der Weltkapitalismus treibt auch an dieser Front neuen Katastrophen entgegen, Asien wird vielleicht sein Schicksal werden . . .“

Die geduldige und sorgsame politische Erziehungsarbeit trug ihre Früchte, als ihre Fortsetzung von 1935 ab hohe Anforderungen an den Opfermut jedes einzelnen stellte. Die bestehenden Gruppen gingen ohne große Einbuße an Mitgliedern in die Illegalität. Inhalt und Ziel der begonnenen Arbeit blieben unverändert, nur die Form wandelte sich. Die Zusammenkünfte mußten auf 4–6 Teilnehmer beschränkt werden, die sich in wechselnden Wohnungen trafen. In Berlin wurden die Verwaltungsbezirke zugrundegelegt. Aus je einem Mitglied der kleinen Gruppen setzte sich die Bezirksleitung zusammen, und diese wiederum entsandte Vertreter in die Gesamtberliner Leitung, die zugleich als Reichsleitung die schriftliche und auch gelegentlich persönliche Verbindung mit den Gruppen im Reichsgebiet aufrechterhielt. Sie bestand aus Karl Schröder, Alexander Schwab, Bernhard Reichenbach (bis zu seiner Emigration nach England) und einem Lehrer, der hier nicht genannt werden soll, da er in Ostberlin lebt.

Die Gruppenzusammenkünfte der verschiedenen Gremien waren ausgefüllt mit der Diskussion über das weiter umlaufende Informationsmaterial und die tagespolitischen Geschehnisse, mit dem Austausch von Nachrichten und den Berichten über die politische Arbeit der einzelnen Mitglieder in Diskussionsgruppen, die sie ihrerseits um sich sammelten, ohne sie wegen der Spitzelgefahr in den engeren Kreis einzuführen. In den Sommermonaten konnte gelegentlich eine größere Versammlung im Freien gewagt werden. Die Teilnehmer kamen auf getrennten Wegen in eine stille Gegend, an den Rändern beobachteten einige die Umgebung, und so konnten z. B. in Berlin in den Jahren 1933–36 acht bis zehn Zusammenkünfte mit etwa 20 Teilnehmern stattfinden. Mit besonderer Gefahr waren naturgemäß Anfertigung und Versand des illegalen Materials verbunden; aber das Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung, das Gefühl echter menschlicher und sachlicher Bindung waren so stark, daß alle davon getragen wurden und keiner in den vier Jahren der illegalen Tätigkeit versagt hat, weder technisch, noch charakterlich. Und hier lag auch der eigentliche Wert dieser Gruppenarbeit. Jeder einzelne empfing aus dem Rückhalt bei den anderen eine geistige und seelische Stärke, die ihn befähigte, inmitten der trüben braunen Flut ein Zentrum des Widerstandes zu bilden, dessen Kraft auf seine ganze Umgebung in Familie, Freundeskreis und Kollegenschaft ausstrahlte.

Die erste Gefährdung der Gruppe trat 1934 ein, als ein junges Lehrerehepaar, das von Berlin nach Ostpreußen an die Grenze des Memellandes versetzt worden war, mit der Gestapo zusammenstieß. Sie hatten Verbindung aufgenommen mit einer linken Gruppe aus dem Memelland, und die Beziehung war von der Gestapo aufgespürt worden. Bei der Haussuchung gelang es, das gerade aus Berlin angekommene RK-Material in den Ofen zu werfen. Dadurch glückte es, die nach Berlin laufenden Fäden geheimzuhalten. Auch die Gefahr, wegen Landesverrats angeklagt zu werden, konnte durch einen geschickten Anwalt abgewendet werden. Die beiden kamen mit zwei Jahren Zuchthaus davon.

Zwei Jahre später, im November 1936, wurden die Roten Kämpfer dann aber doch entdeckt, und zwar wiederum durch Kontakte mit Außenstehenden. Zwei junge Menschen aus Wattenscheid hatten mehrfach mit ehemaligen Kommunisten diskutiert und ihnen schließlich auch das RK-Informationsmaterial gegeben. Die Kommunisten wurden verhaftet, und die beiden RK-Mitglieder kamen nach Berlin, um sich Rat zu holen. Sie wurden aber bereits beobachtet und nach Berlin verfolgt, so daß die Gestapo in den inneren Kreis der Berliner Leitung hineinkam. Von da aus gelang es ihr, die ganze Organisation aufzudecken und einen erheblichen Teil der Mitglieder zu verhaften, in Berlin 39, insgesamt etwa 150.

Nach mehr als einem Jahr Untersuchungsgefängnis fanden mehrere getrennte Prozesse statt, einer vor dem Volksgerichtshof für die drei Mitglieder der Reichsleitung nebst den Wattenscheidern, die anderen vor verschiedenen Senaten des Kammergerichts; außerdem liefen Prozesse in mehreren anderen Städten. Hier sei ein Bericht über die Verhandlung vor dem Volksgerichtshof und diejenige vor dem Kammergericht gegeben, die den größten Teil der Berliner umfaßte, meist jüngere

Menschen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren. Die Atmosphäre der beiden Prozesse war grundverschieden. Der Kammergerichtsrat, der die Verhandlung leitete, war sichtlich beeindruckt von der menschlichen und geistigen Qualität der Angeklagten und brachte sein Bedauern, sie verurteilen zu müssen, bis an die Grenze seiner eigenen Gefährdung zum Ausdruck. Er hatte vollkommen begriffen, was die Roten Kämpfer wollten und was sie zu ihrer illegalen Arbeit getrieben hatte. Die Verlesung der Anklageschrift bedeutete trotz der höchst unerfreulichen Lage der Angeklagten wie der anwesenden Freunde und Familienmitglieder einen intellektuellen Genuß. Die Strafen bewegten sich – bei zwei Freisprüchen – zwischen einem Jahr Gefängnis und dreieinhalb Jahren Zuchthaus, je nach der organisatorischen Stellung innerhalb der Gruppen.

Ein ganz anderes Bild bot der Prozeß vor dem Volksgerichtshof. Das Niveau – nach Ton wie Inhalt – war erschreckend. Der Präsident war offensichtlich nicht in der Lage, den Ausführungen der Angeklagten zu folgen. Ein Beispiel: Bei der Aussage Karl Schröders, er habe bei einem der Treffen im Freien über die Generationsfrage gesprochen, wandte sich der Präsident fragend an seinen Kollegen, der ihn dann aufklärte mit den Worten: „Er meint, so zwischen jung und alt.“ Mit der Tatsache, daß es sich bei den Angeklagten offenbar um Kommunisten handelte, die aber Antibolschewisten waren, konnte er überhaupt nichts anfangen. Eine Stilblüte des Officialverteidigers verdient noch festgehalten zu werden. Er verteidigte die jüngeren Angeklagten auf der Linie, daß sie von den älteren nur verführt worden seien, und tat dies mit den entlarvenden Worten: „In einer für uns unbegreiflichen Anständigkeit haben sie ihnen die Treue gehalten.“ Bezeichnend war auch, wie weit sich die Richter von Gefühlen leiten ließen. Der dritte Mann der Reichsleitung, der Lehrer, hatte sich überflüssigerweise veranlaßt gesehen, einige der größten Irrtümer in der Anklageschrift richtigzustellen. Er erhielt – ein Mann in den Vierzigern – in der Urteilsbegründung das Prädikat „Der kleine Besserwisser“ und die unverhältnismäßig hohe Strafe von 7½ Jahren Zuchthaus, als einziger ohne Anrechnung der Untersuchungshaft, wobei allerdings seine Tätigkeit als Lehrer strafverschärfend mitwirkte. Auf der anderen Seite verfehlte die Persönlichkeit Karl Schröders auch auf diese Menschen ihren Eindruck so wenig, daß sie geradezu nach einer Möglichkeit suchten, ihn ganz freisprechen zu können. Der Weg jedoch, den sie dazu einschlugen, nämlich ihn für nicht ganz zurechnungsfähig zu erklären, war für Karl Schröder untragbar, so daß er sich nicht darauf einließ. Immerhin erhielt er die für seine Stellung bei den Roten Kämpfern milde Strafe von vier Jahren Zuchthaus, während Alexander Schwab zu acht Jahren verurteilt wurde. Ihm legte das Gericht besonders zur Last, daß er in deutschen Zeitungen geschrieben, gleichzeitig aber gegen den Staat gearbeitet habe. Alexander Schwab hat als einziger seine Haftzeit nicht überlebt. Er starb ein halbes Jahr vor Ablauf seiner Strafe im November 1943 im Zuchthaus Zwickau<sup>1</sup>. Karl Schröder hat nach seiner Entlassung

<sup>1</sup> Vgl. den Artikel über ihn in „Das Gewissen entscheidet“, hrsg. von Annedore Leber, Berlin 1957, S. 130ff.

im Jahre 1940 noch ein Jahrzehnt gelebt, allerdings schwer in seiner Gesundheit geschädigt.

Die organisierte Arbeit der Roten Kämpfer fand somit im November 1936 ihr Ende. Was übrigblieb, waren freundschaftliche Kontakte vor und nach 1945, die auch weiterhin auf der festen Grundlage absoluten Vertrauens beruhten. Übrig blieb ferner eine politische Schulung bei allen Beteiligten, die auch dann nicht an Wert und Sinn verlor, als sich nach 1945 die Dinge nicht im revolutionären Sinne entwickelten. Die meisten kehrten in die SPD zurück und haben an mehr oder minder verantwortlicher Stelle – vielfach im öffentlichen Dienst – am deutschen Wiederaufbau mitgearbeitet. Übrig blieb weiter ein Teil des Materials, das heute zumindest geschichtlichen Wert hat.

Dieser Seite, der theoretischen Leistung der Roten Kämpfer, sei noch ein Nachwort gewidmet. Wie immer man zu ihrem positiven Ziel: einer sozialistischen Weltgesellschaft auf der Grundlage der schöpferischen Selbstverwirklichung des Menschen, „stehen“ mag, ob man es überhaupt ablehnt oder für illusionär hält, in ihrer Kritik sind sie über ihr eigenes Vermuten hinaus bestätigt worden. Die Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung als unerläßliche Voraussetzung für den Sieg Hitlers und damit auch für seinen Krieg hat eine weltweite Katastrophe zur Folge gehabt und eine zumi<sup>st</sup> für den Westen höchst unerfreuliche Lage zurückgelassen. Sowjetrußland ist nicht, wie es bei einem wirklich sozialistischen Land die innere Logik mit sich gebracht hätte, in die Niederlage der größten europäischen Arbeiterbewegung – der deutschen – mit hineingezogen worden, sondern ging aus dem zweiten Weltkrieg mit einem enormen Machtzuwachs hervor.

Hat sich insoweit die Kritik der Roten Kämpfer an den deutschen Arbeiterparteien wie an Sowjetrußland als richtig erwiesen, so ist ihre weitere Annahme nicht eingetroffen, daß die Diktatur in Deutschland in einen revolutionären Kampf der Arbeiter um ihre Befreiung einmünden werde. Der Nationalsozialismus ist nicht von innen, sondern von außen gestürzt worden, und mit ihm waren wir alle die Besiegten. Die Arbeiter kehrten in ihre Betriebe zurück, nicht um sie zu erobern, sondern um sie zu entrümmern und die nackte Existenz zu retten. Und dann kam das Wirtschaftswunder und mit ihm die große Sehnsucht nach der kleinen Behaglichkeit, in zwei Jahrzehnten Krise, Drittem Reich, Krieg und Hunger entbehrt und durch den Kalten Krieg erneut bedroht. Die Sprache der Roten Kämpfer schien einer fernen, längst vergangenen Epoche anzugehören.

Doch plötzlich füllte wieder ein Arbeiteraufstand die Schlagzeilen der Weltpresse: die mitteldeutschen Arbeiter erhoben sich gegen die russische Zwangsherrschaft, und zwar in einer Wucht und Geschlossenheit, wie sie keine deutsche Erhebung seit den Bauernkriegen gezeigt hatte. Dann folgte der Aufstand der Posener Arbeiter und schließlich die Revolution in Ungarn. Die Räte, von der KAP wie von den Roten Kämpfern durch zwei Jahrzehnte hindurch als sozialistisches Organisationsprinzip dem parlamentarischen wie dem bolschewistischen entgegengestellt, wurden in der ungarischen Revolution in so reiner Form spontan verwirklicht, daß ein kurzer Aufriß ihrer Geschichte an den Schluß dieser Abhandlung gestellt werden

soll. Er vermag die hier genannten und nicht genannten Menschen vor dem möglichen Vorwurf zu bewahren, Phantasten gewesen zu sein.

Der Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen über den Volksaufstand in Ungarn sagt in der Einleitung zu dem Abschnitt über die Revolutions- und Arbeiterräte<sup>1</sup> im § 485:

„Keine Seite des ungarischen Aufstandes drückt seine demokratischen Tendenzen oder auch seine Reaktion auf die vorangegangenen Verhältnisse besser aus als die Schaffung der Revolutionsräte in Dörfern, Städten und Kreisen und die Errichtung der Arbeiterräte in den Fabriken. Innerhalb weniger Tage wurden diese Körperschaften überall gegründet und übernahmen wichtige Verantwortungen. Ihr Hauptziel war es, dem ungarischen Volke die wahre, nicht nur die nominale Kontrolle über die örtliche Verwaltung und über Fabriken, Gruben und ähnliche industrielle Unternehmen zu sichern. Es wurde sogar der Vorschlag gemacht, die Nationalversammlung durch ein nationales Revolutionskomitee zu ersetzen, während ein anderer Vorschlag dahin ging, einem obersten Nationalrat die Befugnisse des Staatsoberhauptes zu übertragen. Diese Vorschläge kamen nicht zur Ausführung. Die Tatsache, daß sie überhaupt gemacht wurden, zeigt, in welchem Maße sie den Wünschen des Volkes entsprachen.“

Außer den örtlichen Revolutionsräten in Städten, Dörfern und Kreisen bildeten sich innerhalb von Tagen revolutionäre Räte in den verschiedensten Gremien, so das Revolutions-Komitee für die Verteidigung, das die tatsächliche Verfügungsgewalt über die Armee in Händen hatte, das Revolutions-Komitee der ungarischen Intelligenz, bestehend aus Räten der Studenten, Schriftsteller, Journalisten, Künstler, Universitätsprofessoren und dem National-Komitee der Akademie der Wissenschaften. In den Ministerien, der Nationalbank, der Leitung der Eisenbahnen, dem Obersten Gerichtshof, der Staatsanwaltschaft, überall wurden Revolutionsräte gebildet, die z. T. mit den früheren Beamten zusammenarbeiteten, meistens sie aber ersetzen. Über den geplanten Zusammenschluß der örtlichen<sup>1</sup> Räte sagt der Bericht im § 533:

„Gegen Ende Oktober erkannten die einzelnen Räte die Notwendigkeit, eine zentrale Organisation zu gründen, um die Arbeit der zahllosen Revolutionsräte und Komitees zu koordinieren. Die zweite sowjetische Intervention verhinderte die Einrichtung dieser Organisation, jedoch waren einige Versuche nach dieser Richtung hin gemacht worden. Nach Zeugenaussagen hatte man daran gedacht, einen zentralen nationalen Revolutionsrat, ähnlich dem Transdanubischen Nationalrat, der oben erwähnt wurde, zu bilden. Ein ähnlicher Rat sollte für das Gebiet zwischen Donau und Tisza gegründet werden. Diese zentrale Organisation der Revolutionsräte sollte von unten herauf und nicht von oben herunter aufgebaut werden . . .“

Neben den politischen Räten entstanden in den Betrieben überall Arbeiterräte, die sich gebietsweise zu Koordinierungs-Ausschüssen zusammenschlossen, wie dem zentralen Arbeiterrat von Czepele und dem Großbudapester Arbeiterrat. Über die Wirkungsweise der Räte spricht der Bericht in den §§ 545 und 547:

„Die Aufgaben der Arbeiterräte änderten sich während der verschiedenen Phasen der Revolution. Jedoch waren die Räte vor allem aktive politische Organe der Arbeiter. In der [Praxis] waren sie [zwischen dem 24. und dem 31. Oktober] ‚Streikkomitees‘ und Aufstandszentren für die kämpfenden Arbeiter. Nach dem 31. Oktober und bis zur

zweiten Sowjetintervention hielten es die Räte für ihre Hauptverantwortung, die Wiederaufnahme der Arbeit vorzubereiten . . . Der erste Schritt der Räte bestand gewöhnlich in der Entlassung der leitenden Angestellten der Fabrik oder des Unternehmens. In vielen Fällen entließen die Arbeiter die Direktoren und Personalchefs, die alle Mitglieder der kommunistischen Partei waren. Sie behielten aber die Geschäftsleiter und technischen Direktoren, wenn sie nicht Parteimitglieder waren . . .“

„Die Arbeiterräte und die Revolutionsräte waren eng verbundene Erscheinungen der Revolution. In vielen Städten wurden die Revolutionsräte durch Delegierte der Arbeiterräte gewählt. Die meisten Revolutionsräte hatten viele Arbeiter als Mitglieder. Die Zeugen beschrieben oft, wie sich nach der Wahl eines Revolutionsrates oder eines Nationalkomitees auf diese Weise eine gegenseitige Beziehung zwischen einem Revolutionsrat und den Arbeiterräten, die in dem betreffenden Gebiet gegründet wurden, bildete . . .“

Die zukünftige Rolle der Räte umreißt ein Manifest des Nationalrats der Gewerkschaften im § 553:

„. . . Der Arbeiterrat soll in allen Fragen Entscheidungen treffen, die im Zusammenhang mit der Produktion stehen. Deshalb:

1. soll er aus der Mitte seiner eigenen Mitglieder für die Leitung der Produktion und der Betriebsführung einen Leitungsrat von etwa 5–15 Mitgliedern wählen, der in Übereinstimmung mit dem Arbeiterrat und auf seine direkte Anweisung hin Entscheidungen, die mit der Geschäftsführung zusammenhängen, z. B. die Einstellung und Entlassung von Arbeitern, wirtschaftlichen und technischen Leitern, trifft;
2. wird er einen Produktionsplan für die Fabrik aufstellen und die Aufgaben bestimmen, die mit der technischen Entwicklung zusammenhängen;
3. wird der Arbeiterrat entscheiden, sowohl über die Aufstellung und die Einführung einer Lohnskala, die den besonderen Bedingungen der Fabrik entspricht, als auch über die Entwicklung sozialer und kultureller Einrichtungen in der Fabrik;
4. wird der Arbeiterrat über Investitionen und die Verwendung der Profite entscheiden;
5. wird er die Geschäftsordnung des Bergwerks, der Fabrik usw. bestimmen;
6. wird der Arbeiterrat gegenüber allen Arbeitern und gegenüber dem Staat für eine korrekte Geschäftsführung verantwortlich sein.“

Die Zustimmung der ganzen ungarischen Nation zum Organisationsprinzip der Räte gibt der Bericht in den §§ 556 und 561 wieder:

„Die Einrichtung der Arbeiterräte wurde von der ungarischen Presse, dem Rundfunk und Berufs- und anderen Organisationen begeistert unterstützt. So erklärte die Patriotische Volksfront (PPF) am 28. Oktober, daß das unsere Revolution ist, weil sie die unmenschlichen Produktionsnormen abschafft und den Fabrikarbeitern die Arbeiterräte zubilligt. Das Revolutionskomitee der ungarischen Intellektuellen legte in seinem Programm vom 28. Oktober besonderen Nachdruck darauf, daß ‚Fabriken und Bergwerke das tatsächliche Eigentum der Arbeiter werden sollen‘ und daß sie nicht ‚den Kapitalisten zurückgegeben, sondern von frei gewählten Arbeiterräten geleitet werden sollen.‘“

„. . . Die außerordentliche Unterstützung, die die Ungarn diesen Arbeiterräten angedeihen ließen, bestätigt den Eindruck, daß sie zu den wichtigsten Errungenschaften des ungarischen Volkes in den wenigen Tagen der Freiheit gerechnet werden müssen.“

Wenn die russischen Befehlshaber nach dem Einmarsch ihrer Truppen auch zunächst mit den Räten zusammenarbeiten mußten, da sie die einzige funktio-

nierende Organisation waren, so begegneten sie ihnen doch mit äußerstem Mißtrauen. Sobald es ihre Machtstellung erlaubte, haben sie denn auch die Delegierten der Räte verhaftet und die Organisation aufgelöst.

Daß die erste große, umfassende Revolution nach 1917 auf europäischem Boden nicht im Raum des westlichen Kapitalismus, sondern im russischen Herrschaftsbereich ausbrach, zeigt erneut das Dilemma der russischen Staatsführung als „Gefangene ihrer eigenen Situation“. Lenin hat als erster – und darin waren Mussolini und Hitler seine Schüler – die Herrschaftsform entwickelt, durch die eine kleine Führungsschicht ihre besonderen Vorstellungen von der Struktur der modernen Industriegesellschaft und der Organisation ihres Produktionsapparates verwirklichen und dabei in der Kontinuität ihrer Herrschaft gesichert bleiben wollte. Das aber schaltet alles aus, was mit dem Begriff Demokratie verbunden ist. Alle diese Versuche haben denn auch bewiesen, daß sie zu den gleichen entwürdigenden Beziehungen zwischen Menschen führen, wie unterschiedlich die ideologischen Zielsetzungen auch immer sein mögen.

Es bleibt das Verdienst der KAP und des späteren RK-Kreises, die mit den Bolschewisten außer der Zielsetzung die Vorstellung teilten, daß die Realisierung des Ziels nur in einem revolutionären Durchbruch möglich sein würde, vom ersten Tage an erkannt zu haben, daß die bolschewistischen Mittel zum sozialistischen Zweck diesen entheiligen und ad absurdum führen würden. Sie versuchten daher neue Formen einer an den modernen Produktionsverhältnissen orientierten Demokratie zu entwickeln.

Nicht nur die Vorgänge in Ungarn, auch die Entwicklung in Jugoslawien, der gärende Prozeß in den erwachten Völkern Asiens und Afrikas, wo diese Entwicklung kaum den Umweg über die privatwirtschaftlich-großkapitalistischen Strukturen nehmen dürfte, zeigen Tendenzen, für welche die analytische kritische Arbeit dieses kleinen Kreises wertvolle Anregungen geben könnte.

#### MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. E. Bramsted, Senior Lecturer in History,  
University of Sydney, Department of History,  
Sydney

Hans-Joachim Döring, Referendar, Frei-  
burg/Br., Rotackerstr. 19

Dr. Karl Heinz Janssen, Redakteur bei der  
Deutschen Presse-Agentur, Hamburg 13,  
Brahmsallee 18

Dr. Ferdinand Siebert, Professor für mitt-  
lere und neuere Geschichte an der Universi-  
tät Mainz, Mainz, Am Jugendwerk 24

Dr. Thilo Vogelsang, Leiter der Bibliothek  
des Instituts für Zeitgeschichte, München 27,  
Mühlstr. 26